

Freitag, 6. April 1973

## „Verschaukelte Bürger – demagogische Vokabel“

In einer Leserschrift vom 3. April erklärten die Kreistagsbewerber Bruder und Hilzinger, die Sonderbehandlung Ortenbergs widerspreche den Grundsätzen der Zielplanung im Umlandbereich von Mittelstädten. Sie fragten bei MdL Ruder u. a. an, ob der Fall Ortenberg tatsächlich eine sachgerechte und vom Gedanken der Gesamtentwicklung des Raums Offenburg getragene Lösung sei. MdL Ruder antwortet zu dem offenen Brief wie folgt:

Die Herren SPD-Kandidaten Bruder (Zell-Weierbach) und Hilzinger (Griesheim), die erwießenermaßen gar keine erklärten Gegner einer Teilverwaltungsraums Ortenberg sind, wurden aus wahltaktischen Gründen vorgeschoben, um im Rahmen einer langfristigen Strategie der SPD nunmehr die Runde persönlicher Angriffe gegen Mandatsträger der CDU einzuläuten; der von der SPD eingeführte Begriff „Schuss-Befehl“ ist dafür das makaberste Beispiel.

Das Begehren der beiden Herren, mich in Stuttgart für die Eingliederung Ortenbergs nach Offenburg einzusetzen, ehrt mich insofern, als SPD-Mitglieder und SPD-Mandats-träger mir offensichtlich landespolitisch größeren Einfluß zutrauen als ihren eigenen Abgeordneten.

Die beiden Kommunalpolitiker Bruder und Hilzinger haben offenbar ein gestörtes Verhältnis zur Landesverfassung und zur Gemeindeordnung: derzeit läuft das Anhörverfahren der Gemeinden, die Landkreise geben zusätzlich ihr Votum ab. Mitten in diesem demokratischen Meinungsbildungsprozeß wird von mir eine Vorwegnahme des Ergebnisses der Anhörverfahren verlangt; dies wäre eine unerträgliche Herabwürdigung des in der Landesverfassung garantierten gemeindlichen Anhörrechts. Diese Normen sind einzuhalten, und ich lasse mich von niemandem unter Druck setzen.

Zu Einzelfragen noch folgendes:

1. In vielen Gesprächen habe ich die ehemaligen Umlandgemeinden Offenburgs geradezu ermuntert, den Weg zur Stadt Offenburg zu finden. Allerdings habe ich nie einen Zweifel daran gelassen, daß es für die Eingemeindung bessere Gründe gibt, als die von Geld und gesetzlichem Zwang. In dieser Auffassung wurde ich — zum Verdruß mancher Besserwisser — ganz und gar bestätigt.

2. Ich habe vor mehr als einem Jahr die Kommunalpolitiker meines Wahlkreises darauf hingewiesen, daß mit der Verbindlicherklärung der Zielplanung durch die Landesregierung im frühen Sommer 1973 zu rechnen sei. Welchen Grund die Herren der SPD haben, auch daran herumzunörgeln, ist schleierhaft. Daß es die Konzeption der Verbandsgemeinden der SPD-Landtagsfraktion gibt, die eine Lösung des Stadtumlandproblems verhindert, wird von beiden Herren schamhaft verschwiegen.

3. Die CDU der Stadt Offenburg hat sich zum jetzigen Stand der Zielplanung geäußert — dies ist ihr unbenommen. Die CDU auf Kreisebene — ich bin Kreisvorsitzender — hat sich mit dem Sachverhalt nicht befaßt. Der Versuch der Keiltreiberei geht auch hier völlig ins Leere.

4. „Verschaukeln der Bürger“, politische Entscheidungen mit Füßen treten“ und ähnliche demagogische Vokabeln gehören nicht zu meiner Art zu denken und zu reden, deshalb schweige ich dazu.

Diese Stellungnahme gilt auch dem unqualifizierten Angriff des SPD-Kandidaten Kuhn aus Kehl-Goldscheuer gegen mich.

Robert Ruder, MdL